

Zürich

Keine mündlichen Gymiprüfungen

Schutz der Schüler geht vor Der Regierungsrat erleichtert den Übertritt an die Mittelschulen wegen der Corona-Krise.

Matthias Scharrer

Für zahlreiche Jugendliche lässt jetzt der Prüfungsstress nach: Der Zürcher Regierungsrat hat beschlossen, während der Corona-Pandemie auf die mündlichen Prüfungen für den Übertritt an die Mittelschulen zu verzichten. Aufgrund der ausserordentlichen Lage können die Prüfungen nicht stattfinden, wie die Regierung gestern mitteilte. Auch der Notendruck an den Zürcher Gymnasien wird bis zu den Sommerferien für viele gelockert.

Der Entscheid betrifft zunächst all jene, die noch zur mündlichen Aufnahmeprüfung ans Kurzgymnasium hätten antreten müssen, weil ihr Notenschnitt der schriftlichen Aufnahmeprüfung zwischen 3,75 und 3,99 lag. Sie dürfen nun auch ohne mündliche Prüfung ans Gymi. Betroffen sind davon 476 Sekundarschülerinnen und -schüler, wie Niklaus Schatzmann, Chef des kantonalen Mittel- und Berufsbildungsamts, auf Anfrage sagte.

Die Probezeit muss trotzdem bestanden werden

Sie hätten schon bewiesen, dass sie den Anforderungen nahezu genügen. «In der Probezeit müssen sie sich natürlich trotzdem bewähren», so Schatzmann. Normalerweise würden rund 60 Prozent die mündliche Prüfung bestehen.

Auch wer an die Handelsmittelschule oder an die Fachmittelschule will, muss nun aufgrund der Corona-Krise keine mündliche Prüfung mehr ablegen. Zudem entfallen die sonst zusätzlich zu absolvierenden Eignungsprüfungen für die Aufnahme ans Liceo Artistico und ans Kunst- und Sportgymnasium.

Die Zulassung zum Berufsmaturitätsunterricht passt der Regierungsrat ebenfalls an. Betroffen sind davon laut Schatzmann rund 1400 Personen. Neu gilt für dieses Jahr: Prüfungsfrei aufgenommen werden alle, die einen Lehrabschluss mit einer Gesamtnote von mindestens 5,0 haben. Bei den Kandidaten, die im Som-

mer das Qualifikationsverfahren erst abschliessen werden, muss der Notendurchschnitt aus den vorangehenden Zeugnissen mindestens 5,0 betragen, damit es für die prüfungsfreie Aufnahme reicht. Wer darunter liege, könne zu einem späteren Zeitpunkt eine Aufnahmeprüfung ablegen, heisst es in der Mitteilung des Regierungsrats.

Noch unklar ist, wie es mit den 155 Schülerinnen und Schülern weitergeht, die wegen Krankheit die Gymi-Aufnahmeprüfung verpasst haben. «Wir können ihnen die Prüfung nicht einfach erlassen», erklärte Schatzmann. «Das würde gegen die Rechtsgleichheit verstossen.»

Zwar liesse sich die Corona-Ansteckungsgefahr während der Prüfung kontrollieren. Das Problem seien aber die Wege zur und von der Prüfung, bei denen die Kinder zumeist von den Eltern begleitet würden. «Wir müssen darauf hoffen, dass die Bewegungsfreiheit wieder grösser wird», sagte Schatzmann.

Eine Etappierung der Prüfungen liege nicht drin, da nur eine begrenzte Anzahl an Nachprüfungsvarianten vorhanden sei. Es werde mit Hochdruck an einer Lösung gearbeitet, heisst es in der regierungsrätlichen Mitteilung.

Auch für die meisten Schülerinnen und Schüler, die bereits an den Mittelschulen sind, lässt

der Notendruck nun coronabedingt bis zu den Sommerferien nach: «Die Promotion wird im Frühjahrssemester 2020 ausgesetzt. Der Promotionsstand am Ende des Herbstsemesters 2019/20 wird um ein Semester verlängert», schreibt der Regierungsrat. Anders gesagt: Die Zeugnisnoten vom Februarzeugnis gelten auch im Sommer noch. Aber nicht bei allen.

Leistungsbeurteilungen auch im Fernunterricht

Wer sich im zweitletzten oder im letzten Jahr vor der Matur befindet, erhält im Sommer neue Noten in den fürs Abschlusszeugnis massgeblichen Fächern. Entspre-

chend finden auf dieser Stufe auch während des coronabedingten Fernunterrichts Leistungsbeurteilungen auf Distanz statt. Zum Beispiel, indem schriftliche Arbeiten eingereicht werden müssen, wie Schatzmann erläutert. Oder durch mündliche Prüfungen in Videokonferenzen sowie Referate per Video.

Auch an Onlineprüfungen für Fächer wie Mathematik werde mit Hochdruck gearbeitet. «Sie werden in den nächsten Wochen ständig zunehmen», sagte Schatzmann.

Die regierungsrätliche Verordnung kann innert zehn Tagen beim Verwaltungsgericht angefochten werden.



Geschlossene Schulen: Jetzt passt der Kanton Zürich die Regeln für die Mittelschulen an. Keystone

Corona-Nachrichten

Zwei weitere Todesfälle im Kanton Zürich

Gesundheitsdirektion Im Kanton Zürich sind zwei weitere Patienten an den Folgen der Corona-Infektion gestorben. Damit stieg die Zahl der Todesfälle auf 9. Die Verstorbenen waren zwischen 78 und 97 Jahre alt. Gemäss Angaben der Zürcher Gesundheitsdirektion vom Donnerstag sind bisher 1476 Personen positiv getestet worden. 152 befinden sich in Spitalbehandlung, davon werden 32 künstlich beatmet. (sda)

50-Rappen-Masken für 10 Franken verkauft

Festnahme Eine 21-jährige Schweizerin aus Zürich-Altstetten hat Masken für 10 Franken pro Stück im Internet angeboten. Normalerweise kosten sie 50 Rappen, wie die Kantonspolizei mitteilte. Ein Polizist in Zivil hatte sich als Käufer ausgegeben und erwartete die Frau am vereinbarten Übergabeort. Dort wurde sie verhaftet. Sie muss sich wegen Wuchers verantworten. Letzte Woche verhaftete die Kantonspolizei bereits einen Masken-Wucherer sowie ein Pärchen, das normales Desinfektionsmittel als «Corona-Killer» verkaufte. (sda)

Fahrplan wird weiter ausgedünnt

ZVV Weil derzeit viele zu Hause arbeiten, streicht der ZVV einzelne Verbindungen – etwa die S 19. Momentan kehrt sie in den Stosszeiten. Ab Montag fällt sie ganz aus, wie der ZVV mitteilte. Gleiches gilt für die S 42. Auch gewisse Zubringerlinien im Busnetz werden eingestellt. Zudem fährt die S-Bahn zwischen Winterthur und Wil ab sofort nur noch im Stundentakt. Wegen des Personalmangels kann es kurzfristige Änderungen geben. Der Online-Fahrplan gibt Auskunft. (sda)

Zürcher Klimagipfel kann nicht stattfinden

Verschiebung Das Klima angesichts der Corona-Krise nicht mehr erste Priorität: Der auf den 15. Mai terminierte Zürcher Klimagipfel wird vorerst nicht stattfinden. Die Regierungsräte Jacqueline Fehr (SP) und Martin Neukom (Grüne) hatten die Gemeinden dazu eingeladen. (sda)

Kinder in Risikofamilien sind jetzt besonders gefährdet

Experten erwarten mehr Kinderschuttfälle Vorerst verzeichnen Kesb und Gerichte nicht mit mehr Kinderschuttfälle. Sie rechnen aber damit, dass durch die Corona-Krise die häusliche Gewalt steigt und damit auch mehr Kinder gefährdet sein werden.

«Die Situation rund um das Coronavirus ist das dominierende Thema bei den Eltern, die sich bei uns melden», sagt Peter Sumpf, Geschäftsleiter des Elternnotrufs. Wenn Homeoffice auf Home-schooling und Kinderbetreuung trifft, kommt es in vielen Familien zu Spannungen. Unsicherheiten bei der Kinderbetreuung und finanzielle Ängste belasten die Eltern zusätzlich. Bei getrennt lebenden Eltern seien auch Fragen da zur Übergabe der Kinder und zur Obhutssituation. Ob sich die Anrufe beim Elterntelefon gehäuft haben, kann Sumpf nicht sagen. «Es ist aber einiges los, und wir hören von vielen aggressionsbetonten Situationen.»

Die 14 Kinder- und Jugendhilfefazentren (KJZ) im Kanton verzeichnen derzeit noch keinen Anstieg der Beratungen, wie das

Amt für Jugend und Berufsberatung auf Anfrage schreibt. Die Beraterinnen und Berater stellen aber fest, dass die Familien am Telefon sensibler und gestresster reagieren als üblich und mehr Zuwendung brauchen.

Kesb-Verfahren laufen weiter

Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) warnte Anfang Woche ebenfalls davor, dass die Gefahr von häuslicher Gewalt steigen wird. Deshalb rüsten Polizei und Opferhilfestellen auf. Mehr Einsätze hat die Polizei noch nicht verzeichnet. Auch bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) der Stadt Zürich, der grössten im Kanton, ist es noch ruhig. Präsident Michael Allgäuer geht aber davon aus, dass die Eskalationen in den Familien zunehmen: «Vor allem in konfliktbeladenen Familien

könnte die Überforderung noch grösser werden.»

Die Kesb Stadt Zürich hat ihre Mitarbeiter grösstenteils ins Homeoffice geschickt, die Erreichbarkeit und Leistungen aber nicht eingeschränkt, sagt Allgäuer. Alle Verfahren und Gefährdungsmeldungen laufen weiter wie bisher. Erst wenn es zu einem grossen Ansturm kommen sollte, müsste die Kesb priorisieren. Man gebe sich aber Mühe, dass nichts liegen bleibe, sagt Allgäuer.

«Nur eine Frage der Zeit»

Auch am Bezirksgericht Zürich verzeichnet man noch nicht mehr Fälle im Kinderschutz. Bei häuslicher Gewalt und darauf folgenden Schutzmassnahmen für Kinder oder Rayonverboten für die Täter werden erst Polizei

und Kesb aktiv, erst danach folgt das Gericht. Das Bezirksgericht geht davon aus, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis die Fälle steigen. Deshalb wurden die zuständigen Teams nicht heruntergefahren. «Es wird wohl zu weniger Schlägereien gekommen, dafür steigen die Fälle von häuslicher Gewalt und die entsprechenden Massnahmen», sagt Medienverantwortlicher Florian Saluz.

Mehr zu tun hat auch die Kinderschutzgruppe und Opferberatungsstelle am Kinderspital Zürich nicht, im Gegenteil. Weil derzeit weniger als die Hälfte der Patienten ins Kispi kommen, wird auch der Kinderschutz seltener beigezogen, wie Leiter Georg Staubli sagt. Er glaubt, dass die Corona-Krise je nach Familienkonstellation auch posi-

ve Seiten haben kann. Gerade für Babys könnten Eltern derzeit mehr Zeit haben, was zu einer Entlastung führen könnte. Das selbe stellen die KJZ fest. In Familien, in denen Eltern viel gearbeitet haben und die Kinder fremdbetreut wurden, hätten sich bisherige Konflikte entschärft, da die Eltern nun häufiger zu Hause sind.

Sich aufs WC zurückziehen

Sorgen macht sich Staubli um die belasteten Familien, vor allem diejenigen mit psychisch auffälligen Elternteilen: «In Familien, die bereits vorher Probleme hatten, könnten sich diese durch den engen Kontakt verschlimmern und in aggressive Handlungen münden.» Es sei wichtig, dass man diese Familien nicht aus den Augen verliere. Dazu tra-

gen Ärztinnen oder Lehrer bei. Auch wenn Letztere dies derzeit nur aus der Ferne tun können. «Die involvierten Personen wissen, wer vulnerabel ist und nicht vom Radar verschwinden sollte», sagt Staubli.

Wie bisher erreichbar sind Beratungsstellen. Es sei wichtig, dass sich Familienmitglieder austauschen und auch mit kleineren Kindern über Ängste sprechen, rät Peter Sumpf vom Elternnotruf. «Wenn es aber immer mehr und laute Worte werden, sollte man «stopp!» sagen.» In einer Engesituation sollte man keine finalen Auseinandersetzungen suchen, sondern ausweichen – einen Spaziergang machen oder sich schlimmstenfalls ins WC zurückziehen.

Katrin Oller